

**Sperrfrist: 13.12.2018 19 Uhr  
Es gilt das gesprochene Wort!**

## **Haushaltsrede zum Haushalt 2019**

**des FDP-Fraktionsvorsitzenden André Klocksinn  
13. Dezember 2018**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Berens,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,  
verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse!**

Wieder wird im Haushaltsentwurf ein negatives Planergebnis ausgewiesen. Für das Jahr 2019 sollen es 1.450.761,-- Euro sein. Doch wie sicher ist dieses Planergebnis?

Die Haushalts-Planungen der Jahre 2012 bis 2019 sehen wie folgt aus:

<u>Erträge / Aufwendungen in den Haushaltsentwürfen</u>					
<u>HH-Jahre</u>	<u>Erträge</u>	<u>Aufwendungen</u>	<u>Planergebnisse</u>	<u>IST-Ergebnisse</u>	<u>Abweichungen Plan/IST</u>
2012	23.606.856,00 €	25.518.142,00 €	- 1.911.286,00 €		
2013	25.507.276,00 €	27.355.186,00 €	- 1.847.910,00 €	455.748,00 €	2.303.658,00 €
2014	27.516.559,00 €	29.355.802,00 €	- 1.839.243,00 €	734.623,00 €	2.573.866,00 €
2015	28.403.977,00 €	30.405.053,00 €	- 2.001.076,00 €	- 424.685,00 €	1.576.391,00 €
2016	32.045.648,00 €	33.085.996,00 €	- 1.040.348,00 €	3.276.138,00 €	4.316.486,00 €
2017	32.955.805,00 €	34.635.164,00 €	- 1.679.359,00 €		
2018	36.294.439,00 €	38.532.362,00 €	- 2.237.923,00 €		
2019	38.213.758,00 €	39.664.519,00 €	- 1.450.761,00 €		

### Antrag zur Grundsteuerhebesatzabsenkung der FDP

Die FDP-Fraktion hat nun zum zweiten Mal in Folge versucht, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Wir haben eine moderate Absenkung der Grundsteuer-Hebesätze beantragt. Leider ist auch dieses Jahr unser Antrag abgelehnt worden. Wie die zum Anfang meiner Rede erwähnten Plan-/Ist-Abweichungen zeigen, hätte durchaus eine Entlastung der Bürger, zumindest im Bereich der Grundsteuer, erfolgen können.

Mit den der Verwaltung anvertrauten Steuermitteln sollte wirtschaftlich umgegangen werden und die Verwaltung sollte nicht mit unnötigen Tätigkeiten belastet werden.

Uns geht es darum bei vorhandenen Spielräumen den Bürger zu entlasten. Die Grundsteuerbelastungen tragen sowohl Eigentümer von Grundstücken als auch Mieter. Auch sind in den letzten Jahren die Mietnebenkosten zur zweiten Miete geworden. Auch die Grunderwerbsteuer hat den Erwerb von Grundeigentum zusätzlich erschwert. Die Umstellung auf das neue Abfallsystem trägt ebenfalls zu einer Kostenerhöhung bei.

## Personalsituation

Hinsichtlich der Personalsituation sind wir der Meinung, dass die Gemeinde Hövelhof in einigen Bereichen über eindeutig zu wenig Personal verfügt: Bauamt, Gemeindegemeinschaft sowie die Betreuung der Flüchtlinge sind mit minimaler Kapazität besetzt. Es besteht zu wenig Spielraum, um auch einmal kreative Lösungsansätze einzubringen und wir sind der Meinung, dass dies zu erhöhtem Krankenstand und zu Lasten des Betriebsklimas geht. Eine Verwaltungsmodernisierung mit diesen knappen Personalressourcen wäre undenkbar.

## Personalrat

Negativ bewerten wir den Text in der Einladung zur Personalversammlung, in dem die Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollte. Wie ist das zu erklären? Da die Gewerkschaften Tarifverträge aushandeln und über kostengünstige Möglichkeiten verfügt, Personalräte im Bereich des Dienstrechts zu begleiten und zu unterstützen, kann dies nur ein Text sein, der den Mitarbeitern von ganz oben in die Feder diktiert wurde.

Auch die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Einladung zur Mitarbeiterversammlung eine vorgeschobene Veranstaltung war. Auch die Politik hat ein Interesse daran, dass die Gemeinde einen Personalrat hat und darf das auch zum Ausdruck bringen. Das Mitarbeiter in der Einladung zur Mitarbeiterversammlung einen Personalrat ohne Gewerkschaft fordern, ist für uns äußerst befremdlich. Die Gewerkschaften unterstützen die Personalräte und Mitarbeiter. Auch das ist für uns ein Hinweis darauf, dass die Einladung zur Mitarbeiterversammlung nicht eine Initialzündung aus der Mitarbeiterschaft war. Auch können wir uns nicht vorstellen, dass die Mitarbeiter etwas dagegen haben, wenn die Politik sich für sie einsetzt. Der Gipfel allerdings war, dass man uns in der HFA-Sitzung vorgeworfen hat, wir würden mit der Erhöhung des Planansatzes für den Personalrat eine Prämie ausloben.

Viele Mitarbeiterinnen in den Kindergärten verfügen lediglich über befristete Verträge, obwohl eine Planung der Kapazität z.B. in den Kindergärten durchaus möglich ist. Die Verwaltung weiß genau, dass in den nachfolgenden Jahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertagesstätten benötigt werden. Wir fragen uns, warum die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine unbefristeten Verträge erhalten. Auch werden die Mitarbeiter viel zu spät über die Verlängerung von befristeten Verträgen informiert. Verfolgt man die Berichterstattung in den Medien, soll es zur Zeit schwierig sein, qualifiziertes Personal zu bekommen. Warum bindet man das vorhandene Personal nicht, indem unbefristete Verträge geschlossen werden? Und warum lässt man die Familien bis zur nächsten Vertragsverlängerung im Unklaren? Dies führt zu keinem guten Betriebsklima und mindert die Motivation. Gerade der öffentliche Dienst sollte in diesem Bereich mit einem guten Beispiel vorangehen und Verantwortung für die Mitarbeiter übernehmen.

## Absage des verkaufsoffenen Sonntages

Das Gewerkschaften und Personalräte der CDU in Hövelhof ein Gräuel sind, hat sich auch hinsichtlich der Absage des verkaufsoffenen Sonntages gezeigt. Hier ist den Gewerkschaften die Schuld für die Absage in die Schuhe geschoben worden. Die Hövelhofer ordnungsbehördliche Verordnung stammt aus dem Jahr 2007 und hätte rechtzeitig angepasst werden können. Andere Verwaltungen haben dies getan, auch im unmittelbaren Umfeld der Gemeinde Hövelhof. Auch die Beobachtung der Rechtsprechung hätte man nutzen können.

## Marketingaufwendungen

Die geplanten Marketingaufwendungen sollen auch 2019 erneut steigen. Im Haushaltsplan weist die Verwaltung für 2019 einen Planansatz für die ordentlichen Aufwendungen im Bereich des Marketings in Höhe von 393.353,- Euro aus. Im Vergleich zum Ansatz 2018 ist dies eine Steigerung um 2,94%. Betrachtet man die Jahre zuvor, so ergeben sich die folgende Steigerungsraten:

Marketing		
HH-Jahre	Aufwendungen	Prozentsätze
2010	223.204,00 €	-13,73
2011	192.569,00 €	24,90
2012	240.526,00 €	17,71
2013	283.117,00 €	-1,90
2014	277.726,00 €	3,47
2015	287.352,00 €	14,49
2016	328.984,00 €	5,74
2017	347.871,00 €	
		Mittelw 2010-2017
Ges 2010-2017	2.181.349,00 €	7,24

Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung für die Haushaltsjahre 2010 bis 2017 in Höhe von 7,24%.

Marketing ist notwendig – jedoch nicht in diesem Umfang! Die FDP-Fraktion fordert seit mehreren Jahren die Kosten für das Marketing zu minimieren.

Dass die Gemeinde Hövelhof kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen muss, ist der guten Konjunktur und den hervorragenden Steuereinnahmen geschuldet und nicht den Sparanstrengungen von Verwaltung und Politik der CDU.

Die geplanten Zuschüsse belaufen sich für 2019 auf einen Gesamtbetrag von 1.871.926,- Euro. Auch in diesem Bereich sind keine Einsparungen zu erkennen. Auch für das Jahr 2019 können wir keine Entlastung oder Sparanstrengung der Verwaltung erkennen.

## Schule und Kindergärten

Teilstandort Gesamtschule: Zukunftsfähige Schulkonzepte fehlen. Auch hier ist wenig Kreativität und Mut sichtbar, sich auf veränderte Bedingungen einzustellen.

Feinstaub-Messung am Kiga: Einer christlichen Partei sollte das Wohl der Kinder am Herzen liegen. Mit der Ablehnung der beantragten Feinstaubmessung sind Kosten gespart worden auf Kosten der Gesundheit der Hövelhofer Kinder.

## Infrastrukturvermögen

Hinsichtlich der Inventur konnten wir genügend Druck aufbauen, um die nicht durchgeführte körperliche Bestandsaufnahme und das Straßenkataster wieder zum Leben zu erwecken. Hier geht es uns auch um Planungssicherheit. Kommunen haben auch die Infrastruktur zu erhalten. Deshalb ist es auch wichtig für die Finanzplanung zu wissen, mit welchen Instandsetzungsarbeiten in den nächsten Jahren zu rechnen ist.

Elementar ist, dass die Aufwendungen für Abschreibungen reinvestiert werden, damit das vorhandene Infrastrukturvermögen der Gemeinde, insbesondere die Straßen, erhalten bleibt und den Bürgern in einer guten Qualität zur Verfügung steht. Während der Bürger sich für die verausgabten Marketing-Aufwendungen nichts kaufen kann, werden die Straßen von den Bürgern jeden Tag benutzt. Hier ist in den letzten Jahren zu wenig getan worden. Die unterlassene Straßeninventur hat dazu geführt, dass der Zustand unseres Infrastrukturvermögens ungewiss ist und nur bei akutem Bedarf repariert wird.

## Krollbachaula

Die Kosten für die Aula der Krollbachschule sind der FDP-Fraktion eindeutig zu hoch gewesen. Die Benutzungsordnung ist aus unserer Sicht eine mittlere Katastrophe. Die Texte für die Nutzung weichen im Vergleich von der HOT-Satzung ab und auch eine politische Partei kann nicht nichtpolitisch sein. Die FDP-Fraktion hatte in einem Antrag vorgeschlagen, einen Infotermin zur Krollbachaula durchzuführen um die Bürger und potentielle Veranstalter auf die Aula aufmerksam zu machen. Auch dies wurde von der CDU-Fraktion abgelehnt.

## Gewerbepark Senne GmbH:

Über die Entwicklung der Gewerbepark Senne GmbH haben Sie bislang als Aufsichtsratsvorsitzender nicht viel berichtet. Der Jahresabschluss liegt nicht fristgemäß vor und konnte nicht in den Gesamtabschluss der Gemeinde integriert werden. Hinweisen möchte ich darauf, dass der Jahresabschluss für kleine Kapitalgesellschaften spätestens innerhalb der ersten sechs Monate des nachfolgenden Geschäftsjahres aufzustellen war. Es wäre auch Ihre Aufgabe als Aufsichtsratsvorsitzender diese Verspätung zu rügen.

## gpa-Prüfung

Die Prüfungsfeststellungen der gpa haben Sie mehrmals kritisiert. Wir sehen dies jedoch völlig anders. Die gpa-Prüfung stellt eine Chance dar, Verwaltungsabläufe unter Berücksichtigung von Vorschlägen Dritter, die den unverstellten Blick von außen haben, zu optimieren.

Leider haben Sie mit Ihren Äußerungen zur gpa-Prüfung ein Signal für den Stillstand gegeben. Das passt aber nicht in unsere Zeit und hilft auch nicht weiter. Ohne eine Modernisierungsoffensive in unserer Verwaltung werden Ertragspotenziale nicht ausgeschöpft und eine Ausgabenkritik nicht erfolgen.

## Zuschüsse

Die Zuschüsse an Vereine werden auch 2019 wieder steigen. Zwar unterstützen wir damit das Ehrenamt doch sollte man nicht vergessen, dass es in schlechteren Zeiten schwierig ist, diese Aufwendungen zu minimieren.

## IT-Ausstattungskonzept:

In diesem Konzept fehlt uns die Software. IT-Ausstattung ohne Software ist wie ein Wagen ohne Kraftstoff. Sinnvoll wäre es aus unserer Sicht gewesen, auch die Softwareausstattung der Schulen konzeptionell zu planen und die Schulen einzubeziehen. Für uns ist fraglich, ob die Schulen zukünftig auch für den Unterricht die benötigte Software haben. Software für den Mathematik-Unterricht oder für die Ausbildung der Schüler im Bereich der Standardsoftware. Auch ist fraglich, ob die Lehrer über die notwendige Qualifikation hierfür verfügen. Hier hätte aus unserer Sicht ein integriertes Konzept Sinn gemacht.

## Hallenbad:

Die FDP hat sich mit ihrem Antrag zum Hallenbad für einen Neubau ausgesprochen. Wir möchten nicht gutes Geld schlechtem hinterherwerfen. Jeder Euro, der noch in dieses Hallenbad gesteckt wird, ist aus unserer Sicht eine nichtvorteilhafte Investition. Das Zinsniveau ist zurzeit äußerst niedrig. In der Zukunft ist mit steigenden Zinsen zu rechnen. Auch Förderprogramme für den Neubau stehen zur Verfügung. Eine Bürgerbeteiligung beim Neubau ist uns wichtig und anzustreben. Nur so können die Bedürfnisse unserer Bürger ermittelt und gedeckt werden.

## Kreismusikschule:

Ein Beitritt hätte den Hövelhofer Eltern und Kindern einen Mehrwert gebracht. Außerdem hätte man die Vereine hinsichtlich einer nicht vollumfänglich im Ehrenamt zu erbringenden Tätigkeit entlastet. Die musikalische Ausbildung der Kinder hätte gefördert werden können.

### Rathaus Infos – Eine Gemeinde betätigt sich publizistisch

Unser Bürgermeister betätigt sich neuerdings auch als Herausgeber eines Info-Blattes. Wir haben uns gefragt, welches Ziel damit verfolgt werden soll. Denn die Außendarstellung könnte die Gemeinde, wie in der Vergangenheit, kostenlos durch eine gute Pressearbeit erreichen.

Seit Oktober 2018 geben Sie als Bürgermeister der Gemeinde die Rathaus-Infos heraus.

Welche Kosten entstehen dafür? Wie stark sind die Mitarbeiter eingebunden? Wer ist redaktionell dafür verantwortlich? Bislang haben Sie in diesem Blättchen über anstehende Bauprojekte berichtet. Mit welchen Themen dürfen wir 2020 zur Kommunalwahl rechnen? Auch in diesem Bereich sind Steuermittel verausgabt worden, die sinnvoller investiert werden könnten z.B. in die Bildung unserer Kinder in den Kindergärten oder Schulen.

Sieht so die Pressearbeit des Bürgermeisters aus? Traut man sich keine Pressearbeit mehr in der lokalen Presse zu? Oder ist es die Angst vor Kritik die hier sichtbar wird? Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Information in der Presse und möchten nicht durch einseitige Darstellungen durch den Bürgermeister informiert werden.

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich aus dem Personalvertretungsgesetz und der Gemeindeordnung/Gemeinde-Haushaltsverordnung zitiert. Dieses Jahr empfehle ich Ihnen einen Blick in das Pressegesetz zu werfen:

#### **in § 3 Öffentliche Aufgabe der Presse**

Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe insbesondere dadurch, dass sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt.

und

#### **in § 4 Informationsrecht der Presse**

(1) Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen.

### Ziele, Kennzahlen und Kosten- und Leistungsrechnung

Nach wie vor haben wir in unserem Haushaltsplan keine eindeutigen Ziele und Kennzahlen. So kann nicht geprüft werden, ob die Verwaltung erfolgreich war. Das ist intransparent. Nach wie vor vermissen wir eine Kosten- und Leistungsrechnung die die Kosten den einzelnen Kostenstellen und Produkte innerhalb der Verwaltung verursachungsgerecht zurechnet und Optimierungsbedarf sichtbar machen würde.

### Gewerbepark Senne GmbH

In ihrer Haushaltsrede haben wir zur Gewerbepark Senne GmbH gehört, dass wir auf einem guten Weg sind. In erster Linie wird hier erst einmal ein hoher Kreditbetrag aufgenommen, der aus dem kommunalen Haushalt ausgelagert wurde. Der Jahresabschluss ist bislang noch nicht erstellt worden und konnte in den Gesamtabschluss der Gemeinde nicht integriert werden. Obwohl es sich um eine kleine GmbH handelt, ist der Abschluss bislang noch nicht erstellt worden, so dass über einen Erfolg noch nicht gesprochen werden kann.

Auch die übernommene Bürgschaft für die Gemeinde Augustdorf sehen wir nach wie vor kritisch.

### Kosten- und Leistungsrechnung

Nach wie vor haben wir keine Kosten- und Leistungsrechnung in der Kernverwaltung, sowie keine Ziele und Kennzahlen die als solche bezeichnet werden könnten. Ob die Verwaltung und die Politik der CDU erfolgreich waren, kann so nicht effektiv überprüft werden. Denn letztendlich ist in dem vorliegenden Haushaltsplan die Politik der CDU festgeschrieben. Anträge der anderen Parteien wurden durch die CDU konsequent abgelehnt.

Bürgerorientierte Verwaltung, die nicht bei jeder Idee anmahnt, dass sie überlastet ist, sondern die auch mal aus Bürgersicht überlegt, wie man Abläufe, Vorgaben, Administration bürgernah einfach und möglichst digital organisiert sollten die Regel sein.

### Kooperation und Zusammenarbeit

Zusammenarbeit bzw. Kooperation konnte man von Anfang an in diesem Rat mit der Lupe suchen.

Mit Ihrer Fußballkooperation 1 und mit der Fußballkooperation 2 haben Sie erneut bewiesen, dass elementare Entscheidungen nicht mit den dafür vorgesehenen Gremien besprochen und beraten werden. Daher bezeichne ich diese Kooperationen als „Ihre Kooperation“. Ich bin zwar kein Fußballfan aber auch als Nicht-Experte weiß ich, dass eine Kooperation mit zwei Vereinen kein gutes Signal sein kann.

„Über sieben Brücken musst du gehen – sieben dunkel Jahre überstehen, sieben Mal wirst du die Asche sein, aber einmal kommt der helle Schein.“ Mit diesem Zitat haben Sie dieses Jahr Ihre Rede zur Einbringung des Haushaltes beginnen lassen. Sieben Brücken, die Sie auch dieses Jahr nicht gebaut haben! Auf den hellen Schein hoffen wir noch!

Die FDP-Fraktion wird auch dieses Jahr aus den vorgenannten Gründen den Haushalt ablehnen.

Abschließend möchten wir der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei für ihre Arbeit und Mühen im Rahmen der Haushaltsaufstellung danken. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

André Klocksin